



Mitgliederzeitung der SP Kanton Solothurn, 109 Mai 2010



Die Delegierten in Trimbach im Mühlemattsaal



Die neuen Geschäftsleitungsmitglieder Roberto Zanetti, Irene Meier-Reber und Marco Simon

Klare Entscheide

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn setzt für die Gesundheit und gegen mehr Sonntagsarbeit ein Zeichen. Niklaus Wepfer

Am 22. April hat die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn ihren ordentlichen Frühlingsparteitag in Trimbach abgehalten. Vizepräsident Fabian Müller wurde verabschiedet, neue Mitglieder wurden gewählt und die bisherigen wiedergewählt, der Jahresbericht verabschiedet und die Abstimmungsparolen für den 13. Juni gefasst.

Am ordentlichen Frühlingsparteitag der Sozialdemokratischen

Partei des Kantons Solothurn haben die 76 Delegierten ihre Chargierten wiedergewählt und die Gremien mit neuen Mitgliedern ergänzt. Evelyn Borer, Parteipräsidentin würdigte die Arbeit von Fabian Müller als Vizepräsident während sechs Jahren sowie jene von Barbara Banga, Adrian Würzler, Urs W. Flück und Reiner Bernath. Letztere drei sind während der Amtsperiode zurückgetreten. Per Akklamation wurde Evelyn Borer als Parteipräsidentin für weitere zwei Jahre bestätigt, wie auch die weiteren GL-Mitglieder sowie jene der Rechnungsprüfungskommission, der Schiedskommission und der Delegierten der SPS.

Raucherinitiative

Anna Rüefli, Kantonsrätin SP aus Solothurn (kontra), und Marcel W. Wyss, Initiativkomitee aus Kappel (pro), legten in ihren Referaten poentiert und unterhaltsam ihre Standpunkte dar. Während Rüefli

den Arbeitnehmerschutz und die Gesundheitsprävention in den Vordergrund stellte, findet Wyss, dass 25 bis 30 Raucherbeizli im Kanton Solothurn durchaus zu vertreten sind und man den Rauchern damit etwas entgegenkommen würde. Die Mehrheit der Stimmen der Delegierten erweckte den Eindruck, als könnte die Abstimmung knapp werden.

Die Delegierten sagen zweimal Nein für die Abstimmung vom 13. Juni

Die Delegierten entschieden sich schliesslich klar mit 54: 20 für die Nein-Parole

Sonntagsarbeit

Andreas Gasche, Präsident des KGV (pro), legte in sachlicher Art und Weise dar, warum aus seiner Sicht und jener der Kantonsratsmehrheit im Kanton zwei weitere Sonntagsverkäufe eingeführt werden sollen: Es entspreche einem Bedürfnis der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Bedingungen seien klar geregelt und damit könne besser auf die regionalen Bedürfnisse Rücksicht genommen

2 x NEIN

Die Delegierten sagen zweimal Nein für die Abstimmung vom 13. Juni 2010

- «Volksinitiative für ein liberales Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot»
- «Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel»

werden. Philipp Hadorn, SP-Kantonsrat aus Gerlafingen, bekräftigte die Bedeutung des Sonntags als Ruhetag, verwies auf frühere Abstimmungen mit jeweils klaren Nein zu erweiterten Öffnungszeiten. Zudem, so Hadorn, sei die Familie als Institution gefährdet und der sonntägliche Einkaufstourismus ein ökologischer Blödsinn. Er dementierte das Bedürfnis der Konsumenten entschieden.

Die SP sagt einstimmig Nein zur Ausdehnung der Sonntagsarbeit.



Darum am 13. Juni 2010: NEIN zum Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz.



Niklaus Wepfer
ParteiSekretär

RAUCHERBEIZ

Ein Stück Kultur oder Selbstmord

PRO

VERNÜNFTIGER MITTELWEG

Aus SP-Sicht kann man der Raucherinitiative «für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» ohne weiteres zustimmen. Sie ist eine sinnvolle Korrektur der allzu restriktiven Solothurner Praxis und ermöglicht etwa 30 Raucherbeizlein im Kanton. Der Arbeitnehmerschutz ist auch mit dem neuen schweizerischen Passivrauchergesetz gewährleistet. Georg Hasenfratz

Auch mit dem schweizerischen Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen, das seit Mai 2010 gilt und welches die Initianten als Alternative zum Solothurner Gesetz wollen, bleiben die allermeisten Restaurants im Kanton rauchfrei. Aber kleine Beizen mit weniger als 80 m² Fläche sollen als Raucherbeizen geführt werden können. Auch im schweizerischen Gesetz wird dem Gesundheitsschutz des Personals Rechnung getragen, das ist für uns entscheidend. Von daher spricht aus SP-Sicht inhaltlich nichts gegen diese Initiative. Kommt dazu, dass die strengen solothurnischen Regelungen betreffend Jugendschutz, Prävention und Werbung auch mit der Initiative in Kraft bleiben.

Fertig mit Kreuzzügen

Die Initiative ist ein guter Kompromiss zwischen überall und immer rauchen können, wie das früher der Fall war, und dem restriktiven Solothurner Rauchergesetz. Mit unserer Solothurner Lösung – so gut sie vielleicht gemeint war – haben wir übersteuert. Kreuzzugsmässig wird bei uns gegen jedes blaue Rächlein vorgegangen. Ich könnte diesen Feldzug noch verstehen, wenn man konsequent wäre und mit dem gleichen missionarischen Eifer auch gegen andere Gesundheitsrisiken vorgehen würde: Ozon in der Luft, Feinstaub, Gefahren im Strassenverkehr. Aber das ist halt etwas schwieriger und die Gruppe der Raucher (ich

selber gehöre nicht dazu) eignet sich besser als gesundheitspolitisches Feindbild.

Keine Überreglementierung bitte

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Menschen gesund, aber unglücklich sterben, weil man ihnen alles verbietet, was Freude macht. Zu viel Gesundheit, v.a. wenn sie von oben verordnet wird, kann auch krank machen. Väterchen Staat muss nicht allumsorgend sein; eine gewisse Eigenverantwortung soll möglich bleiben.

Wir dürfen auch nicht nur an diejenigen denken, die im antiseptischen Schickimicki-Restaurant ihren Kräutertee zu sich nehmen oder gelangweilt an ihrem Cüpli oder am teuren Rotwein nippen. Auch diejenigen, die am gemütlichen Stammtisch ihre Stange Bier trinken und dazu eine Zigarette rauchen möchten, gehören zu unserer Klientel. Etwas Rauch am Stammtisch, wenn sich alle Beteiligten inkludieren

«Es ist nicht die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Menschen gesund, aber unglücklich sterben.»

sive Personal daran nicht stören, muss doch nicht polizeilich gehandelt werden.

Für Freiheit und Augenmass

Mit unserem neuen SP-Programm setzen wir wieder mehr Gewicht auf den Wert der Freiheit. Wir könnten als SP-Wähler in der kommenden Abstimmung zeigen, dass wir die Botschaft verstanden haben. Der Kanton Solothurn soll seine Ressourcen beim Gesundheitsschutz mit mehr Vernunft einsetzen. Bei den Beizen haben wir die Wahl zwischen Rauch und rauchfrei. Bei der Umgebungsluft nicht. Da wünschte ich mir betreffend saubere Luft keine Ausreden, sondern ein energisches Vorgehen der Gesundheitspolizei.

Fazit: Aus SP-Sicht kann man dieser vernünftigen und korrigierenden Initiative am 13. Juni ohne weiteres zustimmen. Ein Ja ermöglicht

ein paar kleine Raucherbeizlein im Kanton; der Arbeitnehmerschutz, das Verkaufsverbot von Zigaretten an Kinder und Jugendliche und die Werbeverbotsregeln bleiben bestehen.

Georg Hasenfratz

Olten, alt Kantonsrat SP, Mitglied der Geschäftsleitung SP Kanton Solothurn



in Raten?



KONTRA

NEIN ZUM ABBAU DES NICHTRAUCHER- UND ARBEITNEHMERSCHUTZES

Die SP-Kantonsratsfraktion und die grosse Mehrheit der SP-Delegierten haben am kantonalen Parteitag die Nein Parole zur Initiative «für ein liberales Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» beschlossen, welche am 13. Juni zur Abstimmung kommt. Vor nicht einmal vier Jahren, am 26. November 2006, hat sich die Solothurner Stimmbevölkerung in einer Variantenabstimmung deutlich für das heute geltende Rauchverbot ausgesprochen. Anna Rüefli

Nach diesem Gesetz ist das Rauchen in geschlossenen Räumen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, somit auch in allen Bereichen der Gastronomie, grundsätzlich verboten. Eine Ausnahme gilt jedoch für sogenannte Fumoirs. In solchen vom übrigen Gastbetrieb abgetrennten und entsprechend gekennzeichneten Räumen mit ausreichender Belüftung, darf weiterhin geraucht werden und die rauchenden Gäste dürfen auch bedient werden. Zurzeit gibt es im Kanton Solothurn um die 300 Fumoirs. Indem die geltende Regelung bediente Fumoirs zulässt, kommt sie den Bedürfnissen der Rauchenden entgegen.

Die SP-Kantonsratsfraktion und die Delegierten lehnen daher eine weitere Ausnahme vom Rauchverbot ab, wie sie die Volksinitiative «für ein liberaleres Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» für Beizen mit einer Gesamtfläche von weniger als 80 m² verlangt.

Passivrauchen ist schädlich und der Arbeitnehmerschutz wird ausgehöhlt

Reine Raucherbeizen zuzulassen, macht aus gesundheitspolitischen Überlegungen und aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes keinen Sinn. Passivrauchen kann zu Lungenkrebs,

Herz-Kreislauf-Erkrankungen und vielen anderen Krankheiten führen und Ursache eines verfrühten Todes sein. Es ist in kleinen Beizen nicht weniger schädlich als in grossen. Daher ist es nicht nachzuvollziehen, weshalb BeizengängerInnen und Servicepersonal von kleineren Beizen weniger vor dem gesundheitsschädigenden Passivrauch geschützt werden sollen als diejenigen von grösseren Gastrobetrieben. In Bezug auf den Arbeitnehmerschutz sticht auch das Argument nicht, dass Angestellte von Raucherbeizen im Arbeitsvertrag ihr Einverständnis zu diesen Arbeitsbedingungen geben müssen. Wer auf einen Job angewiesen ist, wird auch einem verrauchten Arbeitsplatz zustimmen. In einer solchen Situation nützt es der betroffenen Person wenig, dass sie nur auf freiwilliger Basis in einer Raucherbeiz beschäftigt werden darf.

Der Mehrheit der Kantone angepasst

Mit Blick auf die übrige Schweiz ergibt sich folgendes Bild: Heute sind reine Raucherlokale bereits in 15 Kantonen, in welchen insgesamt

«Die Solothurner Regelung stösst bei der Bevölkerung und den meisten Wirten auf breite Akzeptanz.»

drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben, verboten. Dazu gehören auch unsere Nachbarkantone Bern und Baselland. Im Sinne einer möglichst einheitlichen schweizweiten Regelung muss der Kanton Solothurn daher an der eigenen Gesetzgebung festhalten.

Nicht zuletzt stösst die Solothurner Regelung heute bei der Bevölkerung und den meisten Wirten auf breite Akzeptanz. Viele der als reine Raucherbetriebe in Frage kommenden Kleinbetriebe haben bereits ein Fumoir eingerichtet. Durch die Kehrtwende in der Gesetzgebung würden ihre Aufwendungen zu Fehlinvestitionen.

Aus diesen Gründen empfiehlt die SP die Volksinitiative abzulehnen und an der Regelung festzuhalten, mit welcher sie schon das letzte Mal vor dem Solothurner Stimmvolk Erfolg hatte.

Anna Rüefli

Solothurn, Kantonsrätin SP und Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission,



© Paul Senn

TERMINE

24. Mai

Menschenstrom gegen Atom

Start: 11.16 Uhr Bahnhof Däniken
nach Olten
www.menschenstrom.ch

28. Mai

Bernerplatte

in Lüterkofen mit Nationalrätin
Bea Heim und Ständerat Roberto
Zanetti

29. Mai

Unterwegs gegen den Krebs

Start 11.30 Uht HB Solothurn mit
Nationalrätin Bea Heim
www.krebsliga.ch

30. Mai

Plausch-Fussballturnier

im Bifang in Olten
www.sp-olten-goesgen.ch

10. Juni

Sektionspräsidententreff

in Olten mit Nationalrätin Hilde
Fässler, St. Gallen

**IMPRESSUM**

SP Kanton Solothurn

Rossmarktplatz 1

Postfach 1555

4502 Solothurn

Telefon 032 622 07 77

E-Mail info@sp-so.ch

Adressänderungen bitte direkt an:

linksabo@spschweiz.ch

Etwas gehört? Etwas gesehen?

Schreib deine Meinung oder einen

Leserbrief an: niklaus.wepfer@sp-so.ch

Redaktionsschluss für den Regionalteil

Solothurn der nächsten Ausgabe:

Donnerstag, 27. Mai 2010

Die nächste Ausgabe erscheint

Am 17. Juni 2010

Plausch-Fussballturnier



Sonntag, 30. Mai 2010
im Bifang Olten

- ◆ Mannschaften mit 6 SpielerInnen
- ◆ Gespielt wird auf kleinem Feld
- ◆ Der Plausch steht an erster Stelle
- ◆ Anmeldungen an urs.huber@sev-online.ch
- ◆ Weitere Infos unter www.sp-olten-goesgen.ch

Jetzt SP-Mitglied werden und etwas bewegen

- Ich möchte der SP beitreten und wünsche Infomaterial
- Ich möchte Kontakt mit jemandem aus der Sektion
- Ich wünsche mehr Informationen über die SP
- Ich möchte die SP mit einer Spende unterstützen

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Jahrgang

E-Mail

Mitteilung

Bitte einsenden an: SP Kanton Solothurn, Rossmarktplatz 1, Postfach 1555, 4502 Solothurn
oder Mail an: info@sp-so.ch